III.

Beweisjury und Rügeverfahren im fränkischen und altdänischen Rechte.¹⁾

Von

Herrn Professor Dr. **Karl Haff**

in Lausanne.

Es ist im folgenden von dem durch H. Brunner so scharf hervorgehobenen Unterschiede zwischen Beweisjury und Urteilsjury auszugehen.

Die modernen Geschworenen sind eine Urteilsjury. Sie treten in der Regel an einen ihnen unbekannten Tatbestand heran.²⁾ Die Beweisjury bildet hingegen ein Beweismittel. Die Mitglieder der Beweisjury sind nach Brunner Personen, „die man heute als Zeugen verwenden würde“. Doch unterscheiden sie sich in einer wichtigen Beziehung von den testes. Während diese von der Partei produziert werden, bestimmt das Gericht die Beweisjury.³⁾ Die zu inquirenden Umsassen schwören, daß sie über alles, was sie wissen, die Wahrheit aussagen werden. Brunner meinte, daß die Beweisjury der fränkisch-normannischen und anglo-normannischen Entwicklung angehörte.⁴⁾ Diese Untersuchung wird aber zeigen, daß die Beweisjury auch im altdänischen Rechte vorkommt. K. Lehmann, der sich mit dem Problem der dänischen Jury des näheren befassen

¹⁾ Dieser Aufsatz war in seinen Richtlinien bereits entworfen, als mir Herr Geheimrat Professor Dr. E. Mayer mitteilte, daß er ein ähnliches Thema behandle. Deshalb habe ich mit Veröffentlichung meiner Arbeit bis nach dem Erscheinen von E. Mayers Buch: Geschworenengericht und Inquisitionsprozeß (1916) gewartet.

²⁾ Brunner, Die Entstehung der Schwurgerichte (1872) S. 36.

³⁾ Brunner, Zeugen und Inquisitionsbeweis der karolingischen Zeit (1866), *Sitzungsber. der Wiener Akademie, hist.-phil. Klasse* 51 S. 150ff.; derselbe, Entstehung der Schwurgerichte (1872) S. 114ff. 281ff.

⁴⁾ Entstehung der Schwurgerichte S. 37. 129. 278ff.

wollte, ist auf dem richtigen Wege, wenn er schreibt, daß sich aus dem Erfahrungszeugnisse das zweiseitige Beweismittel der Jury entwickelt.¹⁾

1.

Die Beweisjury im Zivilprozeß.

Im Streite um Fiskalgut und allmählich auch im Prozesse um Kirchengut wurde der Inquisitionsbeweis zulässig. Der Beweis wurde durch eine Anzahl von Umsassen oder Gemeindegengenossen erbracht. Die von Brunner hierfür angeführten Kapitularienstellen ergeben deutlich, daß die Umsassen, die „*veratiores homines pagi*“²⁾ über die Wahrheit von den *missi* inquiriert wurden.

Die Rechtsvergleichung wird uns zeigen, daß auch die dem fränkischen Rechtsgebiete so nahe gelegenen jütischen Rechtsquellen das Gemeindezeugnis und den Inquisitionsbeweis aufgenommen haben.

Im Streit um Königsgut — *konungs hærstræte* — soll gemäß J. L. 1, 52 durch 12 Grundeigentümer des betreffenden Dorfes ausgesagt werden. Sie sollen mit ihrem Eide über den Besitzstand Kundschaft geben. Es ist nichts darüber gesagt, ob die 12 Nachbarn hier eine Art Privatgericht bilden, deren Aussage ohne Urteil des ordentlichen Gerichtes Rechtskraft erlangt hat. Westman vermutet im J. L. 1, 52 ein Privatgericht³⁾, wie er ja auch die Frände-

¹⁾ K. Lehmann, *Der Königsfriede der Nordgermanen* (1886) S. 112, im Anschluß an Lehmann auch v. Amira, *Grundriß des german. Rechts* 3 § 91. Ferner die treffende Bemerkung bei Westman, *Den svenska nämnden*. Stockholm, Norstedt & Söners Förlag, S. 128 und 132 ff. E. Mayer a. a. O. S. 240 ff. 339 ff.

²⁾ Vgl. *Capitula missorum* v. J. 821, Boretius I S. 300 c. 2, ferner a. a. O. S. 295 c. 1 und I S. 314: „*de foreste — volumus, ut missi nostri rei veritatem inquirant*“. Das Nähere bei Brunner, *Entstehung der Schwurgerichte* S. 88 ff. Hinsichtlich des Kirchengutes: *Synodus Franconofurtensis*, Boretius I S. 76 c. 26, *Capitula de rebus ecclesiasticis*, Boretius I S. 186 c. 2, *Capitulare Wormatiense*, Boretius II S. 12 c. 3: „*De ecclesiis destructis, ut episcopi et missi inquisitionem faciant*.“

³⁾ Westman a. a. O. S. 74 und 75; E. Mayer a. a. O. S. 340 läßt die Kommission von 12 Leuten „entscheiden“.

nämnd im Anschluß an Matzen und Jørgensen¹⁾ als einen Spezialdomstuhl auffaßt. J. L. 1, 52 ist nur aus dem Zusammenhange zu erklären. Und da gibt eine kurz vorausgehende Bestimmung des gleichen Gesetzes 1, 50 den willkommenen Aufschluß, daß im Streit um zu rebnendes Land das Thing der Harde anzugehen, und daß das Gericht das Rebningsverfahren oder den Spruch der „Tinghøringe“ zur Rechtskraft zu erheben hatte.²⁾ Die „Tinghøringe“ setzten sich aus „sannæ mæn“ zusammen, die aus ihrer Erfahrung über den Besitzstand aussagen. Zu „entscheiden“ hatten sie m. E. nicht, sondern die Entscheidung stand beim Gerichte. Das gleiche muß auch für J. L. 1, 52 gelten, denn auch dort handelt es sich zum Teil um ein dem Rebningsverfahren³⁾ unterworfenen Land, für welches, wenn die Bestimmung in J. L. 1, 50 hätte abgeändert werden sollen, dies doch ausdrücklich erwähnt sein müßte.

Als Beweisjury kommt insbesondere das Kolleg der sannænd mæn in Betracht. Man hat dieselbe bisher als eine Urteilsjury aufgefaßt. Larsen, Secher und die herrschende Lehre sprechen von den sannænd mæn als von Urteilern.⁴⁾ Das stimmt aber nicht mit dem ältesten Rechte überein, denn sie haben nach einem vorausgegangenen „dom“ des ordentlichen Gerichtes, das sich als Beweis-

¹⁾ Matzen, Bevisreglene S. 11 ff. 26 ff. 63 ff.; Jørgensen, Forelæsninger over den danske Retshist. (1905) S. 105, im spez. E. Sj. L. I 21, I 22, II 76, zu letzterer Stelle insbesondere Secher, Om Vitterlighed og Vidnebevis i den ældre danske proces (1885) S. 102, wo mit Recht hervorgehoben wird, daß es sich hier nicht um nævninger handelt.

²⁾ J. L. 1, 50 „æftær there witnæ skvlæ mæn antugh mælæ rep til, of tharf, ællær døma thæt at standæ thær thinghøring waræ sam satæ vm“, dazu Westman S. 80: „För att erhålla bindande kraft skall emellertid denna deras utsaga bekräftas genom tingsmännens dom.“

³⁾ Die Regel ist, daß das Rebningsverfahren durch das Gericht erzwungen werden kann: J. L. 1, 45—50, S. L. 66, 72, V. S. 2, 47, 3, 4, E. S. 2, 54, das Nähere in meinen Dänischen Gemeinderechten, II Die Feldgemeinschaft (1909) S. 24 ff.

⁴⁾ Larsen, Samlede Skrifter I (1861) S. 73: „og endelig skete et endnu større Fremskridt til faste Dommere ved Indførelsen af Sandemænd“, statt allen Westman a. a. O. S. 88: „att dess utsago haft karaktären av en dom.“

urteil charakterisiert¹⁾, ihre Aussage zu machen. Das Nähere soll unten beim Strafprozeß geschildert werden. Die Tätigkeit der sannænd mæn als Markgeschworenen war ähnlich wie jene der Nachbarn im fränkischen Prozeß um Fiskalgut. Wie aus dem Zusammenhalt zwischen J. L. 1, 52, 2, 2 und 2, 21 sich ergibt, haben sie nicht um Streitigkeiten in der Innenmark der Dörfer und nicht in Streitigkeiten zwischen Kulturland und Außenmark, „vphof“, ferner nicht um „konungs hærstrætæ“ Zeugnis abzulegen.²⁾ Ihre Kompetenz betraf also hauptsächlich die Markstreitigkeiten zwischen Dorfmarken³⁾ und angrenzenden Harden oder zwischen Dorfmarken und großer Allmende und die Streitigkeiten um die Hardengrenzen überhaupt. Da wenigstens nach dem J. L. 1, 53 der König auch an der außerhalb der Dorfmarken gelegenen großen Allmende ein Recht in Anspruch nahm⁴⁾, handelte es sich also ähnlich wie im Streit um Fiskalgut in der fränkischen Zeit um wichtigere Markstreitigkeiten, an welchen die Königsgewalt ein Interesse hatte. Nach J. L. 2, 21 konnte der König selbst den Streit durch Umreiten der Mark beenden, also eine Parallele zur schwedischen „Kunungx ræfst“.⁵⁾

Ein weiteres Analogon mit der fränkischen Institution des Gemeindezeugnisses zeigt sich im Prozeß um Kirchengut des altdänischen Rechts. Ist das Kirchengut 1 Mark Silber oder weniger wert, so sollen nach J. L. 1, 44 „kyrki

¹⁾ J. L. 2, 6: „tha skal doom til gangæ at the aghæ um at swæræ. vtæn doom aghæ the æi at swæræ.“

²⁾ Dieser Streit wird den eben behandelten 12 eghær oder Dorfgenossen als Beweisjury unterbreitet. — J. L. 1, 52.

³⁾ Auch Stadtmarken: Z. B. Dipl. Viberg. (ed. Heise 1879) Nr. 154 S. 111 v. J. 1499, Feststellung der Markgrenze von Viborg by durch die sannænd mænd.

⁴⁾ J. L. 1, 53: „vtæn thæt ær alminning. thæræ a konung iord oc bøndær skogh“, dazu Steenstrup, Studier over Kong Valdemars Jordebog S. 354 ff.; ferner meine abweichende Meinung in den Dänischen Gemeinderechten I S. 49 ff. und in dieser Zeitschrift Bd. 30 S. 290 ff.: „Die Theorie des dänischen Grundregals“.

⁵⁾ Z. B. Östgöta Lagen R. B. II: „þessin mal eghu a kunungx ræfst slitas . . . alla iorþa delur.“ Es heißt nur in J. L. 2, 21, daß das Gemeindezeugnis vorzuziehen ist: „warlær ær tho, at marcskial swærs æn rithes.“

wæriæ oc andær kyrki mæn the bæstæ swa at the æræ tolf“ darüber aussagen. Hat das Gut mehr Wert als 1 Mark Silber, so sollen die sannænd mæn darüber kundtun.¹⁾ J. L. 1, 44 mit 2, 2. — Die Kirchen-næfnd ist, wie das seeländische und schonische Kirchenrecht zeigen, noch nicht aus dem Stadium des Eideshelferbeweises herausgetreten. Der Beklagte, welcher das zur Kirche gehörige rebverteilte Land in Anspruch nimmt, soll sich im Prozesse hierüber „mæth næfnd i kirki soen“ verteidigen.²⁾ Das Wort „mæth“ deutet doch auf die Stellung der næfnd als Eideshelfer hin. Ähnlich war die Rechtslage der Kirchen-næmd in Schweden.³⁾ v. Amira hat insofern recht, als er betont, daß der von E. Mayer gebrauchte Geschworenenbegriff weiter gefaßt ist als von Biener und Brunner⁴⁾, denn E. Mayer bezeichnet auch einen Beweis „mit ernannten Eideshelfern (næfnd)“ als eine „Jury“.⁵⁾ Auch J. L. 1, 44 zeigt⁶⁾, daß die Stelle noch nicht ein aus dem Banne des Eideshelferbeweises herausgetretenes und vom Gerichte ernanntes „Geschworenkolleg“ kennt.⁷⁾

Nach alledem ist zu sagen, daß die næfnd der dänischen leges noch nicht als eine reine Beweisjury betrachtet werden kann, wenn sie auch schon gemeinschaftlich⁸⁾ über das Beweisthema zu schwören hat.⁹⁾ Demgegenüber stehen die sannænd mæn des jütischen Gesetzes der fränkisch-norman-

¹⁾ Vgl. z. B. Dipl. Viberg. (ed. A. Heise, 1879) Nr. 66. 67. 78.

²⁾ Sællandske Kirkelov, Thorsen S. 68, Skånska Kyrkrätten c. 5. Schlyter S. 361.

³⁾ Z. B. Östgöotalagen Kr. B. 3: „Nu dele prestær ok kirkia um skötninga innan hæfpa. þa skal þæn hemula sum gaf. ælla hans arwe: hauær annat þerra laghhæfpat. þa hemule þæt sik sialft. sum laghæfpat hauær. mæþ sokna næmdinne.“

⁴⁾ Vgl. v. Amiras Rezension in dieser Zeitschrift Bd. 37 S. 529 und 541.

⁵⁾ E. Mayer a. a. O. S. 238 ff. und S. 285.

⁶⁾ So E. Mayer S. 241.

⁷⁾ Vgl. J. L. 1, 44: „þa warthær with loth mæth kyns næfnd.“

⁸⁾ Über die korporativ schwörende Beweisjury des fränkisch-normannischen Rechts: Brunner, Entstehung der Schwurgerichte S. 278 ff.

⁹⁾ Vgl. auch die Verordnung Waldemars II., Schlyter, Skånelagen V 2: „oc meth thöm tolf ther eftir æræ . . . skal han sik skæræ.“

nischen Beweisjury sehr nahe¹⁾, ja, sie sind schon, da es sich um eine ständige Institution handelt, auf dem Wege zur Urteilsjury.

II.

Die Beweisjury im Strafprozeß.

Im fränkischen Rechte werden die glaubwürdigsten und angesehensten Männer des Untersuchungsbezirkes vom Richter vorgeladen und dahin vereidigt, daß sie „bestimmte von vornherein genannte Verbrechen rügen werden, oder daß sie schlechtweg die Wahrheit aussagen werden über das, was der Richter sie fragen werde“.²⁾ Der öffentliche Beamte nimmt die „inquisitio“ in der fränkischen Zeit derart vor, daß er die Rügegeschworenen befragt, ob in dem Untersuchungsbezirke gewisse Verbrechen begangen worden sind, und wer der Tat für verdächtig gilt.³⁾

1. Die Rügegeschworenen des Bischofs.

Während die nævninger im Zivilprozeß noch als Eideshelfer sich charakterisieren, werden sie im Strafprozeß bereits als eine Art Rügegeschworene von Amts wegen verwendet. Die nominati des Bischofs waren, wie die Verordnung für Fünen vom Jahre 1228 zeigt, schon vor dem jütischen Gesetze eine feste Institution. Das hat Larsen richtig erkannt.⁴⁾ Neuestens weist auch Westman im Anschluß an die genannte Verordnung darauf hin, daß ein „langwieriger“ Zwist⁵⁾ zwischen König und Bischof hinsichtlich der Kompetenz der nominati des Bischofs und des Rügerechtes des bischöflichen officialis bestand. Die nominati oder nævninger des Bischofs waren zwei in jedem Kirchspiel oder Fjording von den Kirchengemeindemitgliedern ernannte und vom Amtmann auf ein Jahr ver-

¹⁾ Vgl. J. L. 2, 7, wonach Näheres über den Fall, daß keine Einhelligkeit vorliegt, bestimmt wird.

²⁾ Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte II (1892) S. 490.

³⁾ Brunner a. a. O. II S. 491.

⁴⁾ Larsen a. a. O. I S. 93, nun auch E. Mayer a. a. O. S. 241 „eine ältere Stufe“ und Danmarks riges historie I S. 487 ff.

⁵⁾ Westman a. a. O. S. 161. 162.

eidigte¹⁾ Leute. Wie im fränkischen Reiche²⁾, so hat sich auch in Jütland und Fünen das Rügeverfahren für einen wichtigen kirchlichen Bußanspruch, nämlich für Verletzung des Heiligtagsbruches „hælg hæ brot“ entwickelt. Der Bischof muß, ähnlich wie im fränkischen Recht, das Rügerecht dieser Vergehen in weitgehender Weise ausgeübt und die hælg hæ-brot-Fälle vor sein Sendgericht gezogen haben.³⁾ Dies ergibt sich aus der Fassung der genannten Verordnung vom Jahre 1228, denn erst nach langem Streit mit den Bewohnern von Fünen verzichtet der Bischof auf die selbständige Verfolgung der genannten Bußansprüche.⁴⁾ Noch weitgehender ist die im seeländischen und schonischen Kirchenrecht dem Bischof eingeräumte Sendgerichtsbarkeit.⁵⁾ Es heißt in der lateinischen Übersetzung⁶⁾ des schonischen Kirchenrechts: „De forefactis in ecclesia in cimiterio de rapina ecclesiastica de ordinatis facta iniuria de homicidij perpetracione iusticia debet fieri episcopo, licet res non facta fuerit die festo.“ Der Bischof kommt selbst in die bygd und hält dort Gericht ab. Der Amtmann des Bischofs hat nach einer Variante eine ähnliche Stellung⁷⁾, wie sie noch aus der Verordnung für Fünen für den bischöflichen Amtmann sich ergibt. Das Verfahren spielte sich „in audiencia vicinorum“ ab und endigte nach vier vergeblichen Ladungen vor die Kirchengemeinde mit der Verurteilung des Beklagten.⁸⁾ Wollte der Verurteilte

¹⁾ J. L. 2, 78.

²⁾ Vgl. Dove, Zeitschr. f. Kirchenrecht IV (1864) S. 16 ff., spez. S. 41 und 42; ferner Brunner II S. 325 und 326; Hinschius, K.-R. V S. 427.

³⁾ Vgl. nun E. Mayer S. 241 ff.

⁴⁾ „Aarsberetninger“ des „da. Geheime Arch.“ V S. 9: „in hoc eciam abrenunciauit (episcopus) juri suo, vt officialis eius nequaquam possit denominatos episcopi inducere ad iurandum super hælgæbrot.“

⁵⁾ Thorsen S. 68 ff., im spez. S. 71 und 73, Skånelagen III A. c. 7 ff., 15 ff.

⁶⁾ Skånelagen III B. c. 161.

⁷⁾ Über das Rügerecht des bischöflichen ármaðr in Norwegen vgl. Hertzberg, Grundtrakkene i den æ. norske Proces (1874) S. 259 ff. mit 210 ff.; Brandt, Forelæsninger over den no. Rets historie II (1883) S. 287 ff.

⁸⁾ Thorsen S. 72. 73, Skånelagen III A. c. 16: „þa ær han sottær baþe at böte stefnu oc houþ sæ.“

dem Urteile nicht folgen, so sollte er vom Gottesdienste ausgeschlossen und eventuell exkommuniziert werden.

Eine starke Einengung dieses kirchlichen Rügerechtes des 12. Jahrhunderts ist demgegenüber in der Verordnung für Fünen und im jütischen Gesetze (1241) zu finden. Der bischöfliche Amtmann hat nicht mehr das selbständige Rügerecht, sondern er muß sich in den der bischöflichen Jurisdiktion nur noch teilweise vorbehaltenen hælghæbrot-Sachen zuerst an das ordentliche Gericht wenden. An Stelle der Ladung in die audiencia der Nachbarn des Kirchspiels tritt nach J. L. 2, 80 die Ladung des Beklagten vor das weltliche Gericht. Der bischöfliche Amtmann lädt denjenigen, welcher im Verdachte steht, den Frieden des Heiligtages gebrochen zu haben, vor das thing.¹⁾ Fünf Tage darauf haben die Rügegeschworenen des Bischofs in der Kirche und nicht am „thing“ über die Tat auszusagen. Die Staatsgewalt hat die bischöfliche Gerichtsbarkeit also im 13. Jahrhundert fast vollständig beseitigt. Es ist nur noch das Fragerecht gegenüber den Ernannten geblieben. Dieses Fragerecht ähnelt aber noch sehr der fränkischen Inquisition der infolge ihrer Nachbarschaft mit der Tat besonders vertrauten juratores.²⁾

2. Die Rügegeschworenen des Staates.

Wohl die älteste Nachricht über das Vorkommen von Rügegeschworenen im altdänischen Rechte bieten uns die angelsächsischen Rechtsquellen. Das Concilium Wanetungense bestimmt in § 3 offenbar Näheres über das Rügeverfahren.³⁾ Liebermann übersetzt: „und es sollen die vornehmsten 12 Thegnas hervortreten, und der Vogt mit, und auf die Reliquie, die man ihnen in die Hand gibt, schwören, daß sie keinen schuldlosen Mann (rügend) verklagen, noch einen schuldigen verhehlen“. Nach K. Maurer

¹⁾ J. L. 2, 80.

²⁾ Hinschius a. a. O. V S. 427, vgl. insbesondere J. L. 2, 79, wonach bei Meinungsverschiedenheit der næfninge ein Ersatzmann von dem nächstgelegenen Kirchspiel beigezogen werden sollte.

³⁾ Vgl. Liebermann I S. 228 (Æthelred III § 1 v. J. 981—1012).

und Steenstrup¹⁾ handelt es sich hier um ein von den Dänen schon früh besetztes Gebiet, das Anklänge an das nordische Recht enthält.²⁾ Diese Stelle scheidet also aus der Beweisreihe E. Mayers aus.³⁾ Liebermann betont: „Endlich findet man hier zuerst auf englischem Boden Rügejury und Urteilverfahren.“⁴⁾

a) Die rarnsnævninger.

Die von Fr. Beyerle für die Volksrechte aufgestellte These einer „Beweispflicht“ statt eines „Beweisrechtes“ des Beklagten⁵⁾ trifft auch für die dänischen Volksrechte zu. Der wegen absichtlicher Brandstiftung Beklagte ist zum Beispiel verpflichtet, sich mit 3×12 Eideshelfern zu reinigen, wenn es an einem Tatzeugnis⁶⁾ fehlt. Ist aber ein Tatzeugnis vorliegend, dann bleibt dem Beklagten nur die Reinigung mit dem Heißeisen.

Mit dem schon im 11. Jahrhundert einsetzenden und im 13. Jahrhundert festere Formen annehmenden Kampfe gegen das Ordal des heißen Eisens⁷⁾ sehen wir, daß an Stelle

¹⁾ K. Maurer, Kritische Übersicht V S. 389; Brunner, Entstehung der Schwurgerichte S. 403; Steenstrup, Normannerne IV S. 214; derselbe, Danelag S. 23. 71. 209.

²⁾ Nun Liebermann III S. 156. 157.

³⁾ E. Mayer a. a. O. S. 280. 281, richtig v. Amira a. a. O. S. 539.

⁴⁾ A. a. O. III S. 157, über eine ältere, das dänische Beweisrecht vielleicht betreffende Stelle: Saxo Grammaticus (Holder 1886) S. 305. lib. IX. Es ergibt sich eine gewisse Ähnlichkeit mit der V. O. für Fünen, die auch die Zwölfzahl aufweist. Die Literatur hierzu bei Brunner, Entstehung der Schwurgerichte S. 15.

⁵⁾ Fr. Beyerle, Das Entwicklungsproblem im germanischen Rechtsgang I (1915) S. 174ff. 217ff., a. M. v. Schwerin, Deutsche Rechtsgeschichte ² (1915) S. 176 Anm. 6.

⁶⁾ A. Sunesøn 132, Skånelagen II S. 344, ähnlich auch Skånelagen I A. 207 (Fall von Notzucht): „ær ey witni til. skære sic mæþ þrim tyltum. ær witni til skære sic mæþ iarne.“

⁷⁾ Dazu V. O. Valdemar II, bei Schlyter, Skånelagen V 2 und insbesondere Pappenheim, Die altdänischen Schutzgilden (1885) S. 312ff., und über die nævniger S. 314: „Die næfn haben ja ihr eidlich abzugebendes Urteil nicht nach ihrem bloßen Glauben oder Nichtglauben an die Unschuld des Beklagten, sondern nach dem Ergebnis ihrer zur Ermittlung des wahren Sachverhalts angestellten Nachforschungen auszusprechen.“

dieses Beweismittels die Reinigungspflicht durch den Schwur der nævninger immer allgemeiner wird. Die jüngeren Handschriften setzen an Stelle von „skiaeræ sic mæp iarne“ die Worte: „mæp næfnd“. ¹⁾ Die Anzahl der nævninger war verschieden je nach Art der Sache, über die sie zu schwören hatten. ²⁾

Von den von Fall zu Fall ernannten nævninger sind die eine feste Institution bildenden ransnævninger zu unterscheiden. Sie waren eine feste Einrichtung insofern, als sie, wenn auch von den Bauern präsentiert, vom Amtmann in Eid genommen und so auf ein Jahr angestellt blieben. ³⁾ Sie werden gerügt um Raub, Diebstahl und Ungefährwerk. ⁴⁾ Ein Eid des Klägers leitete das Verfahren ein. Sie haben auf die Rüge hin über die Wahrheit auszusagen. ⁵⁾ Nach der Vereidigung sollen sie sieben Nächte frei sein, „in den se sick hebben tho befragen, vnde erforschen de Warheit, darumme se schweren schölen“. ⁶⁾

Die ransnævninger sind noch keine Urteilsjury, sondern eine Beweisjury. Es ergeht ein Urteil, lautend auf den Spruch der ransnævninger über die Wahrheit der klägerischen Behauptung. ⁷⁾ J. L. 2, 41 bestimmt, daß auf dem dritten Thing ein Urteil dahin zu ergehen habe, daß die ransnævninger zu schwören haben. ⁸⁾ Das Urteil war ein Beweisurteil in zweizüngiger Form. ⁹⁾

¹⁾ Skånelagen I A. 85. 88 u. a. m.

²⁾ Kolderup-Rosenvinge, Lovhistorie I § 76; Larsen a. a. O. I S. 84; K. Maurer, Kritische Übersicht V S. 379; Stemann, Rets-historie S. 177; Pappenheim a. a. O. S. 314.

³⁾ Larsen a. a. O. I S. 84 ff.; Secher, Skurds mænd eller skursnævninger in der Festschr. f. K. Maurer (1893) S. 272 ff., später werden sie nach Secher auch von den sannændmænd oder von dem Hardenvogt vereidigt; E. Mayer a. a. O. S. 110 ff.

⁴⁾ J. L. 2, 40 ff.

⁵⁾ J. L. 2, 51: „oc hørær vm at swæræ. at the skvlæ swæræ thet sannæst oc thet rætæst vtæn ennen wild.“

⁶⁾ Thorsen S. 139, plattdeutsche Übersetzung des J. L. 2, 53, vgl. „letæ sannend vm thet thær the skvlæ vm skilæ.“

⁷⁾ Larsen a. a. O. I S. 86 bezeichnet diese Stelle als „dunkel“.

⁸⁾ J. L. 2, 41: „skvlæ til dømæs at swæræ ræt.“

⁹⁾ Die nævninger sollen den Beklagten entweder überführen oder beweisen, daß er unschuldig ist: J. L. 2, 40: „a thet thrithi

E. Mayer spricht von einer Geschworenenfunktion der ransnævninger.¹⁾ Es ist dies sprachlich sehr wohl zulässig, denn sie sind ein Kolleg von acht vereidigten und amtlich bestellten Leuten, die nichts mehr mit Eideshelfern zu tun haben. Sie sind aber keine Urteilsjury, wie Larsen²⁾ und ihm folgend auch E. Mayer annimmt, sondern sie ähneln einer Beweisjury. Allerdings ist diese Ähnlichkeit mit dem fränkisch-normannischen Recht keine vollständige, denn auf der Beweisjury Spruch ergeht in diesem Rechtsgebiete erst das Urteil.³⁾ Diese Frage ist m. E. bei dem Vergleiche der dänischen nævninger mit den Geschworenen bisher nicht gebührend berücksichtigt worden. Die altdänische Beweisjury entspricht noch viel mehr dem altgermanischen Prozesse als die fränkisch-normannische der jurati. Das Urteil, welches auf den Spruch der altdänischen Beweisjury abstellt, ist ein altgermanisches Beweisurteil⁴⁾, und der Spruch der geschworenen nævninger ist ein Beweismittel.⁵⁾

b) Die Sannændmæn.

Zwei Stellen geben uns hauptsächlich Aufschluß darüber, daß die sannænd mæn, ähnlich wie die ransnævninger, über gewisse Verbrechen⁶⁾ gerügt wurden. Im J. L. 2, 6 heißt es nach der plattdeutschen Übersetzung⁷⁾: „Sandtmenne vnde ranßneffning mögen schweren, vmme aller handt Sake, darümme se rechtlick thogeeschet, vnde verfolget syn, alle vnde jder tydt in dem Jare, wen Dinge geholden wert.“ Nach J. L. 2, 12 schwören sie wie die Beweisjury des fränkischen Rechtes über die Begehung der

thing skvlæ næfning swære hin thær sak war giuæn. antigh til ransæth fra.“

¹⁾ E. Mayer a. a. O. S. 110 ff.

²⁾ Larsen a. a. O. I S. 85: „Dommere“.

³⁾ Brunner, Entstehung der Schwurgerichte S. 125 ff. und 288 Anm. 5.

⁴⁾ Hierher Brunner, R.G. II § 101 S. 363; R. Schmidt, Lehrbuch des deutschen Zivilprozeßr. ², § 7 II.

⁵⁾ Treffend Pappenheim a. a. O. S. 314: „Gleich dem letzteren (Gottesurteil) ist nämlich auch der Spruch der Geschworenen ein Beweismittel“ usw.

⁶⁾ J. L. 2, 3.

⁷⁾ Thorsen S. 91 § 6.

Tat. Die ausführlichere plattdeutsche Übersetzung zeigt deutlich, daß sie der Wahrheit nachspüren und darüber aussagen sollen. Die Stelle in J. L. 2, 12: „tha aughæ the sannænd mæn at fangæ ham banæ“ usw. ist in der dänischen und noch besser in der plattdeutschen Übersetzung folgendermaßen erklärt: „So schölen de Sandtmenne darümme mit erem Eede randsage, id est, försehen vnde vthwysen, wol de rechte Baneman: (Oc huad hannem wordt til Bane oc Liffлагd) vnde wat de orsake sines Dodes gewesen is.“

Wie die Ransnævninger, so haben auch die Sannændmæn nicht als Urteilsjury, sondern als Beweisjury darüber auszusagen, was ihnen durch Beweisurteil übertragen ist.

Nach der nicht genügend gewürdigten Stelle in J. L. 2, 6 soll auf dem dritten Thing ein Beweisurteil ergehen, daß sie über den Tatbestand zu schwören haben.¹⁾ Die sannænd mæn und die ransnævninger dürfen das Gericht, auf welchem dieses Urteil ergangen ist, nicht verlassen, ohne daß sie über den Beweisgegenstand ihren Spruch abgegeben haben.

c) Das Scheltungsverfahren mittels Zeugeninquisition.

Der Spruch der sannænd mæn und der ransnævninger kann gescholten werden. Es ähnelt dies der Zeugenschelte des schonischen Rechtes.²⁾ Sowohl der Beschwerte als auch jeder der gothæ mæn i bygd hat das Recht, den Spruch zu schelten³⁾ und einen anderen zu beantragen. Um das den Schwur der sannænd mæn umstoßende Zeugnis zu erhalten, mußten zuvor „literae inquisitoriae“ ausgestellt werden. Diese werden nach Thord Degn A. 63⁴⁾

¹⁾ J. L. 2, 6: „tha a thæt thrithi thing, sækthær en oc annæn swarær, . . . tha skal doom til gangæ at the aghæ um at swære. vtæn doom aghæ the æi at swære.“

²⁾ A. Sunesøn 135, Skånelagen II 135, ferner Skånelagen I A. 217. Dazu Brunner, R.G. II S. 436.

³⁾ Thord Degn, bei Thorsen (1855) S. 292 A. 63, J. L. 2, 7.

⁴⁾ Thord Degn A. 63 im Zusammenhalt mit A. 21, 22, 72 und J. L. 2, 7, vgl. auch die Dipl. Viberg. S. 27 abgedruckten Privilegien von Kong Kristoffer für Viborg By v. J. 1440: „Item quocienscunque ipsi octo veredici eiusdem ciuili placito legaliter requisiti . . . omnes

demjenigen gegeben, welcher sich durch den Spruch der veredici (sannændmæn) „indebite“ beschwert glaubt. Der die Beweisjury Scheltende ruft das Zeugnis des Bischofs und der besten und wahrhaftigsten „bygdæmæn“ an, J. L. 2, 7.¹⁾ Daß dieses Zeugnis auf das Wissen von der Unschuld des Beklagten oder von der Unrichtigkeit des Spruches der sannændmæn im Prozesse geht, zeigt J. L. 2, 7, wonach die Aussage des Bischofs und der „sannæst attæ“ den Schwur der sannænd mæn umstoßen kann. Das gleiche beweist auch Thord Degn 72. Hier heißt es, daß durch das Zeugnis des Bischofs und anderer glaubwürdiger Männer die Unschuld des durch den Spruch der sannænd mæn für schuldig Erklärten festgestellt werden kann.²⁾ Hierauf hat nach Thord Degn ein dem Zeugnis entsprechendes Urteil zu ergehen.³⁾

III.

Zusammenfassung.

1. Ähnlichkeit der Rechtsentwicklung des altdänischen und fränkisch-normannischen Rechtes.

Die bei Brunner als spezifisch englisch bezeichnete Umbildung der Beweisjury zur Urteilsjury⁴⁾ zeigt sich, von Jütland ausgehend, auch im dänischen Rechte. Die Beweisjury der ransnævninger und sannænd mæn des J. L. 2, 41 und 2, 6 wird in der neueren Zeit als solche nicht mehr erkannt, denn die modernen Schriftsteller fassen dieselben als Urteilsjury auf. Larsen bezeichnet sie als „Dommere“⁵⁾

vnum prestiterint iuramentum super aliqua legali causa, pro suis boosloth minime debent conuinci, nisi per scriptum domini episcopi et quorundam ciuium pro iniusto iuramento reprobantur.“

¹⁾ Über die Stellung des Bischofs in dem Verfahren: Kolderup-Rosenvinge, Udvalg af gamle danske Domme (1842 ff.) II S. 92. 93.

²⁾ Thord Degn A. 72 S. 294: „et postea testimonio episcopi et aliorum fide dignorum de provincia doctum fuerit, quod innocentem conuicerint.“

³⁾ Thord Degn A. 72: „extunc iuxta ipsorum testimonium iudicetur.“

⁴⁾ Brunner, Entstehung der Schwurgerichte S. 37.

⁵⁾ Larsen a. a. O. I S. 85.

oder Urteiler und Secher hat dieselben nach dem Stande der neueren Rechtsliteratur ebenfalls als Urteilsjury charakterisiert.¹⁾

2. Die jütische Beweisjury und die spätere Urteilsjury Dänemarks scheint auf fränkischen Einfluß zurückzugehen. Es ist folgende These aufzustellen: Die Dänen haben schon vor Eroberung Englands fränkische Institutionen wie das Rügeverfahren²⁾ und den Inquisitionsbeweis übernommen und zuerst in Jütland zur Einführung gebracht. Diese These wird durch folgende Erwägungen gestützt: Dänische Große haben sich, wie die politischen Nachrichten zeigen, vielfach im Banne fränkischer Rechtsanschauungen befunden. Die Regesten der Karolingerzeit überliefern uns zahlreiche Dänen als Vasallen des Kaisers. Der Dänenkönig Heriold huldigt zum Beispiel dem Kaiser im Jahre 814, läßt sich taufen und empfängt im Jahre 826 sogar eine Grafschaft als *beneficium*.³⁾ Ähnliche Verleihungen kehren im 9. Jahrhundert häufig wieder. Lothar gibt im Jahre 841 an Heriold Walcheren und einige Nachbarorte als *beneficium*.⁴⁾ Dem Normannen Rorich werden anno 850 Duurstede und andere Grafschaften verliehen.⁵⁾ Im Jahre 855 kehrt dieser wieder nach Dänemark zurück.⁶⁾ All das bewirkte allmählich eine gewisse Vertrautheit mit fränkischem Rechte und fränkischen Institutionen. Die zum Teil mißverstandenen Nachrichten des Saxo Grammaticus über Einführung eines Zwölfmännergerichtes durch König Regner Lodbrog sind nicht wörtlich zu nehmen, sondern dahin auszulegen, daß unter fränkischem Einflusse eine Verände-

¹⁾ Secher bei Lund, Ordbog 1877, S. 118: „Der var 8 i hvert herred, som kongen udnævnte på livstid til at dømme om vigtigere sager“; derselbe: Kong Christian V. danske Lov, 1883, S. 25.

²⁾ Vgl. das concilium Wanetungense, Liebermann I S. 228, dazu oben S. 137.

³⁾ Vgl. Böhmer-Mühlbacher ² I Nr. 528a mit 830a und 852e: Es handelt sich um die Grafschaft Hriusti am linken Ufer der Weser in Friesland.

⁴⁾ Böhmer-Mühlbacher a. a. O. I ² Nr. 1084.

⁵⁾ A. a. O. I ² Nr. 1143b.

⁶⁾ A. a. O. I ² Nr. 1143b und 1171a, über die Weiterverleihung dieser Gebiete: a. a. O. I ² Nr. 1639b und 1677a.

rung des Beweisverfahrens¹⁾, also wahrscheinlich die Einführung der uns im jütischen Rechte vorkommenden ständigen Beweisjury erfolgt ist. Besonders rege waren die Beziehungen zwischen den jütisch-sächsischen Grenzgebieten. So bittet der Dänenkönig Sigfrid im Jahre 873 um friedliche Zustände und um Sicherheit für Kaufleute und Warenzug im dänisch-sächsischen Grenzgebiete.²⁾ All das legt die Vermutung nahe, daß fränkisches Recht sowohl durch die politischen Ereignisse als auch durch Vermittlung der Kirche zuerst nach Jütland und von dort erst nach dem übrigen Dänemark gebracht wurde.

Die Theorie Brunners von der Beeinflussung der englischen Geschworenengerichte durch den fränkischen Inquisitionsbeweis und die normannische Beweisjury dürfte hierdurch eine Ergänzung in folgendem Sinne erfahren: Das fränkische Recht hat nicht nur nach der Eroberung Englands durch die Normannen, sondern, wie das Concilium Wanetungense und andere Nachrichten uns zeigen, schon früher, nämlich auf dem Umwege über Dänemark, auf das englische Recht eingewirkt.

3. Das jütische Recht weist mit seinem Institut amtlich bestellter Rügegeschworenen, nämlich der ransnævninger und sannænd mæn, eine größere Ähnlichkeit mit dem fränkischen Rechte auf als das seeländische, schonische und schwedische Rechtsgebiet. Die von Fall zu Fall bestellten nævnninger sowie die schwedische nämnd sind insofern nicht als Geschworene zu bezeichnen, als sie noch wie Eideshelfer „mit“ dem Beklagten schwören (a. M. E. Mayer, richtig v. Amira). Diese im Stadium des Eideshelferbeweises verharrenden

¹⁾ Saxo Grammaticus (ed. Holder 1886) S. 305. König Regner Lodbrog († 800) wird folgendes zugeschrieben: „Praeterea, ut omnis controuersiarum lis, semotis accionum instrumentis, nec accusantis impetitione nec rei defensione admissa, duodecim patrum approbatorum iudicio mandaretur, instituit.“ Dazu die Literatur bei Brunner, Entstehung der Schwurgerichte S. 15. Es kann sich, da das altdänische Recht das Schöffengericht nicht kennt, nur um den Spruch der Beweisjury handeln.

²⁾ Böhmer-Mühlbacher ² I Nr. 1493b und 1498a.

Ernannten stehen im Gegensatz zu der in Jütland eingebürgerten Institution der amtlich bestellten Beweisjury der sannænd mæn und der ransnævninger.

4. Die Meinung Brunners, daß „den nordischen Institutionen jedes inquisitorische Element fehlt, welches sich doch nicht bloß im Worte enqueste, sondern namentlich in der ältesten, urkundlich feststehenden Form der englischen Juryprozesse so sehr fühlbar macht“, ist nach alledem für das altdänische und schwedische Recht nicht beizupflichten. E. Mayer (a. a. O. S. 238 ff.) zeigt treffend, wie das inquisitorische Element im skandinavischen Norden ebenso vorzufinden ist wie im Süden. Sogar v. Amira, E. Mayers gestrenger Kritiker, kann an dieser Tatsache nicht rütteln. Ja, er nimmt bei seiner Auslegung von Östgötalagen Epz. 17 selbst die Einführung einer Inquisition des Königserichtes an Stelle des Ordals an.¹⁾

Es ist hier nicht der Raum für eine längere Betrachtung dieser Probleme.

¹⁾ v. Amira in dieser Zeitschrift Bd. 37 S. 541.